Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 182. Abendblatt. Mittwoch, den 17. April. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 16. April. Endlich einmal haben doch auch die Deutschen Etwas fertig gebracht; endlich hat die deutsche Nation über das bloße Reden und Parlamentiren hinaus ein praktisches, greifbares Resultat erzielt und alle gefährliche Klippen des Doktrinarismus, des Partikularismus und wie sonst noch diese Erbfeinde deutscher nationaler Existenz heißen mögen, glücklich überwunden. Der 16. April 1867 wird hoffentlich bis in späte Jahrhunderte von der Geschichte als ein Wendepunkt bezeichnet werden, welcher auf die Frage: „Was ist des Deutschen Vaterland?" auch dem scrupbulösesten Zweifler ein unbestreitbares Faktum vor die Augen führt und eine befriedigendere Antwort ermöglicht, als wir sie bisher in den patriotischen Liedern nur geben konnten. — Die Thronrede wird wohl verkünden, daß auch die letzten Bedenken gegen die mit dem Ujest-Bennigsen'schen Amendement gefundene Vermittelung der Differenzen einer freudigen Anerkennung der glücklich gelöseten Aufgabe haben weichen müssen; die Zustimmung des Prinzen Friedrich Carl und der Generale zum Ujest-Bennigsen'schen Antrag, die Zustimmung der Minister zur Annahme des ganzen Entwurfs lassen keinen Zweifel darüber aufkommen. Die große Majorität bei den entscheidenden Abstimmungen, 230 gegen 53, sind ferner eine Bürgschaft für die Annahme der Reichstags-Beschlüsse in den Spezallandtagen, wie sie auch von liberaler Seite als verpflichtend bezeichnet worden war. — Für die Luxemburger Frage ist das Gelingen des norddeutschen Bundes offenbar auch ein nicht zu unterschätzendes Moment, und wir haben gewiß guten Grund nach dem heutigen Reichstagsergebniß mit weiterem Selbstvertrauen der Lösung deutscher Fragen auch dem Auslande gegenüber entgegenzusehen. Was Preußen und Norddeutschland heute gewonnen haben, hat ganz Deutschland wieder gewonnen an Kraft und Festigkeit; dieß ist keine leere Phrase, sondern eine offenkundige Thatsache, deren Tragweite in immer deutlicherer Gestalt hervortreten wird. — Die Berichte, welche der „Times" neuerdings aus Paris über die Verfassung der französischen Armee zugegangen sind, lassen auch annehmen, daß von dem Bramarbasiren der dortigen Kriegspartei bis zu einer ernstlichen Entscheidung über Krieg und Frieden an maßgebender Stelle immer noch ein ziemlich weiter Zwischenraum liegen und daß vorher noch manches gewichtige Bedenken zu überwinden sein wird. Der „Times" wird von Paris geschrieben, daß kaum zehn Tausend Mann der französischen Armee bis jetzt mit Hinterladungsgewehren versehen seien und daß auch das französische Militär bei aller persönlichen Tapferkeit den Werth der neuen Schießwaffe gebührend zu schätzen wisse. Bis zu einer Ausrüstung auch nur eines großen Theils der französischen Armee mit Hinterladungsgewehren, meint der Times-Korrespondent, würde selbst das Jahr 1868 noch nicht ausreichen. Bestellungen sind größtentheils in deutschen Fabriken gemacht, deren Effektuirung würde also bei ausbrechendem Kriege unmöglich sein. Zum sicheren Gebrauch der Waffe ist jahrelange Uebung nöthig, da derselbe auch eine radikale Reform der Taktik bedingt. Von unserem berühmten Meister Dreyse sollen jetzt wieder neue Verbesserungen des Zündnadelgewehrs einer Kommission zur Prüfung vorliegen.

— Das Staatsministerium trat heute Mittag 12½ Uhr in einer Sitzung zusammen, in welcher die Thronrede berathen sein dürfte.

— Wie wir hören, wird der preußische Landtag schon heute oder morgen auf den 29. April einberufen werden.

— Zur Warnung für das Publikum theilt der „Publ." mit, daß jetzt wiederholt falsche österreichische Gulden vorgekommen sind. Sie tragen die Jahreszahl 1859 und sind jedenfalls aus einer Zinnkomposition angefertigt, denn beim Kratzen an denselben kann man sehr leicht Stückchen loslösen, was auch bei einiger Aufmerksamkeit ihre Unechtheit sofort erkennen läßt.

Berlin, 16. April. (Norddeutscher Reichstag.) 34. Sitzung Zu Art. 62 liegt der bereits mitgetheilte Antrag der Abg. Grafen Eberhard Stolberg und der Antrag des Abg. Herzog von Ujest und v. Bennigsen vor. Zu dem letzteren ist ein Unter-Amendement von Graf Otto Stolberg gestellt, in dem Antrage Ujest-Bennigsen statt des zweiten Satzes im ersten Alinea zu sagen: „Die Berechnung desselben erfolgt nach der im Artikel 60 festgestellten Friedenspräsenzstärke, welche so lange von Jahr zu Jahr in Kraft bleibt, bis sie durch ein Budgetgesetz abgeändert ist." — Abg. Schulze: Mit der Annahme der Unter-Amendements würde ein Zustand herbeigeführt, der eine Masse Konflikte schaffen würde, und die so lange dauern, als es den Regierungen genehm ist. Damit schaffen Sie eine Garantie des Absolutismus, denn Sie drücken dem Absolutismus das Siegel der Volksvertretung auf. Die Möglichkeit des Konflikts liegt in den konstitutionellen Prinzipien, und wenn man den Aeußerungen des Grafen Bismarck zustimmt, so muß man dem konstitutionellen Regiment entsagen. Die Amendements müssen wir verwerfen. — Der Schluß der Debatte wird beantragt und angenommen. — Vorsitzender der Reichstagskommissarien Graf Bismarck: Ich erlaube mir an die Hohe Versammlung bei diesem Artikel von Neuem die dringende Bitte zu richten, sich wenigstens in diesem Falle für das Amendement des Grafen Stolberg-Wernigerode, welches statt der Worte „bis zum 31. Dezember 1871" setzen will „bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes", und für das zu dem Hohenlohe'schen Amendement gestellte Sous-Amendement des Grafen Otto von Stolberg-Wernigerode erklären zu wollen. Geschieht das nicht, meine Herren, so laufen wir die Gefahr — ich überlasse es Jedem, die Berechnung anzustellen, daß, nachdem alle diejenigen Aenderungs-Anträge, welche den verbündeten Regierungen die Vorlage annehmbar machen würden, verworfen sind, die Vorlage nicht annehmbar wird und jetzt im letzten Augenblicke das Ziel der Berathunn, welches wir glauben schon mit der Hand fassen zu können, entrollt und nicht erreicht wird. Diese Gefahr bitte ich sich zu vergegenwärtigen, ehe Sie dies verwerfen. — Der Präsident theilt mit, daß zunächst über den Antrag des Grafen Eberhard Stolberg abgestimmt werden würde, dann in namentlicher Abstimmung über das Unter-Amendement des Grafen Otto Stolberg und über den Antrag Ujest-Bennigsen. — Der Antrag des Grafen Eherhard Stolberg wird in Zählung mit 157 gegen 119 Stimmen abgelehnt. — An der Abstimmung des Unter-Amendements des Grafen Otto Stolberg betheiligen sich 276 Abgeordnete. Davon stimmen 120 für, 156 gegen den Antrag; neun Abgeordnete erklären, daß sie sich der Abstimmung enthalten; es sind die Abg. Agricola, Blömer, Dr. Gneist, v. Gruner, Graf Henckel v. Donnersmarck, Graf Hompesch, Meier (Bremen), Graf Renard und Frhr. v. Schwarzkoppen. Mit Ja stimmen die Konservativen und Altliberalen, unter denen beide v. Vincke, die freie konservative Vereinigung unter dem Herzog v. Ujest und dem Grafen Bethusy-Huc, soweit sie sich nicht, wie Graf Renard, der Abstimmung enthält; endlich einige Sachsen und Hannoveraner, wie Gebert, Dr. v. Gerber und v. Hammerstein (Osnabrück). Mit Nein stimmen die National-Liberalen, die Polen, die Linke und das Gros der Sachsen und Hannoveraner mit v. Wächter und Haberkorn, Dr Zachariae und Windthorst. Auch Präsident Dr. Simson stimmt mit Nein.

Vor der Abstimmung über den Antrag Ujest-Bennigsen theilt der Präsident mit, daß statt des Wortes „Einrichtung" zu lesen sei: „Einrichtungen". Es stimmen 282 Abgeordnete, 202 für, 80 gegen den Antrag. Mit Ja stimmen die National-Liberalen, die Mehrzahl der Konservativen, die freie konservative Vereinigung, die Mehrzahl der Sachsen und Hannoveraner und auch die Altliberalen unter v. Vincke-Hagen, bei dessen bejahendem Votum unter dem Eindruck seiner Rede gegen den Antrag Ujest-Bennigsen das Haus in eine allgemeine Heiterkeit ausbricht. — Mit Nein stimmen: die Linke, die Polen und einige Konservative: Arnim-Heinrichsdorf, v. Below, v. Bismarck-Briest, v. Blanckenburg, Graf Blumenthal, v. Bodelschwingh, v. Brauchitsch, v. Brünneck, v. Cottenet, v. Denzin, v. Gottberg, Graf Lehndorff, v. Romberg, Graf Solms-Baruth, v. Thadden, v. Treskow, v. Waldaw und v. Wedemeier, die freie Vereinigung unter den Abgg. v. Bockum-Dolffs und v. Carlowitz, einzelne Sachsen und Hannoveraner, wie Dr. v. Wächter und Dr. Schwarze, Windthorst, v. Hammerstein-Osnabrück, v. Rössing und Erxleben. Mit Nein stimmt endlich auch Graf Bismarck und der Abg. Max Duncker (Halle). Der Kriegsminister Roon giebt seine Stimme nicht ab. — Art. 63—69 werden unverändert ohne Debatte angenommen. — Zu Art. 70. „Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Ueberschüsse der Vorjahre, so wie aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit dieselben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, so lange Bundes-Steuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche durch das Präsidium ausgeschrieben werden," sind von dem Abg. Graf zu Stolberg die Amendements gestellt: 1) statt des Schlußsatzes von den Worten ab „welche im Wege der Bundes-Gesetzgebung u. s. w." folgenden Satz anzunehmen: „welche bis zur Höhe des budgetmäßigen Betrages durch das Präsidium ausgeschrieben werden." 2) Hinter Art. 70 folgenden neuen Artikel anzunehmen: „Art. . . . Die gemeinschaftlichen Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt, können jedoch in besonderen Fällen auch für eine längere Dauer bewilligt werden. Während der im Artikel 60 normirten Uebergangszeit ist der nach Titeln geordnete Etat über die Ausgaben für das Bundesheer dem Bundesrath und dem Reichstage nur zur Kenntnißnahme und zur Erinnerung vorzulegen." — Beide Amendements werden ohne Debatte angenommen; ebenso wie Art. 72. Hiermit ist Abschnitt XII. erledigt. — Von den Abgg. Wigard, Heubner und Genossen ist folgender Antrag gestellt: „Nach Abschnitt XII. folgenden neuen Abschnitt einzuschalten: „XIIa. Rechte der Angehörigen des norddeutschen Bundes. Art. . . . Die Verfassungen und einzelnen Bundesstaaten müssen den Angehörigen derselben mindestens diejenigen Rechte gewähren, welche die preußische Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 in Tit. 2 „von den Rechten der Preußen" den preußischen Staatsbürgern verleiht." — Abg. Dr. Wigard: Schritt vor Schritt sind wir bis hierher zurückgedrängt. Man möge bedenken, daß das Volk auch seine Rechte habe. Der Entwurf kenne aber nur das sehr zweifelhafte Recht der Freizügigkeit. Man habe nicht beliebt, hier weitere Rechte aufzunehmen. Die Militärdiktatur werde lange genug über Gut und Blut des Volkes gebieten. Für Gesetzes- und Verfassungsbrüche gebe es kein Bundesgericht, darum kein Urtheil über die Macht der Centralgewalt. Bei dieser unbeschränkten Macht der Centralgewalt und den sehr beschränkten Volksrechten sei es angemessen, zu beschließen, was sein Amendement wolle. Kein Volk werde groß und stark ohne die Freiheit. Das Amendement erstrebe doch nur ein sehr bescheidenes Recht. „Wenn Sie, meine Herren, bei der letzten Position diesen Antrag verwerfen, so beneiden wir Sie nicht um diesen und Ihre übrigen Siege. Wir scheiden aus dem Hause mit dem Bewußtsein erlittener Niederlage, erklärlich aus den Siegen des vorigen Jahres und der künstlich gemachten Stimmung. Aber, meine Herren, wir sind nicht entmuthigt. Die Grundsätze, die wir unter Ihnen vertreten haben, werden durchdringen." — Bei der Abstimmung wird der Antrag abgelehnt; dafür nur die Linke und vielleicht 15 andere Abgeordnete, unter Anderen v. Carlowitz, Lasker und Baron Vaerst.

Es folgt Tit. XIII.: Schlichtung von Streitigkeiten und Strafbestimmungen. Art. 73 und 74 werden ohne Debatte angenommen. Bei Art. 75: „Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, sofern dieselben nicht privatrechtlicher Natur und daher von den kompetenten Gerichtsbehörden zu entscheiden sind, werden auf Anrufen des einen Theils von dem Bundesrathe erledigt, Verfassungsstreitigkeiten in solchen Bundesstaaten, in deren Verfassung nicht eine Behörde zur Entscheidung solcher Streitigkeiten bestimmt ist, hat auf Anrufen eines Theiles der Bundesrath gütlich auszugleichen oder, wenn das nicht gelingt, im Wege der Bundesgesetzgebung zur Erledigung zu bringen", beantragt Abg. Simon, Alinea 2 zu streichen. Abg. Simon: Nachdem durch den gestern in der Diätenfrage gefaßten Beschluß unzweifelhaft künftig hier ein Reichstag sein wird, zusammengesetzt aus Männern vorwiegend einer Richtung, wird sich derselbe sehr bald wenden gegen die Bestimmungen der Einzelverfassungen und der preußischen Verfassung, die den Regierungen nicht konveniren. Die Vergangenheit hat gezeigt, welche Kleinigkeit es ist, Verfassungsstreitigkeiten anzufangen. Die preußische Verfassung hat nun manche Paragraphen, die mangelhaft sind und leicht Streitigkeiten hervorrufen können. Wir haben dann zu erwarten, daß im Wege der Bundesgesetzgebung diejenigen Verfassungsbestimmungen eliminirt werden, auf die das Volk Werth legt, die aber den Regierungen unangenehm sind. Der Bundesrath und der Reichstag, dessen politischer Standpunkt mit dem der Regierung sehr konkurriren wird, wird dann schon dafür sorgen, daß die preußische Verfassung so hingestellt wird, wie es die Regierungen wünschen. Ich erinnere hier nur an die Diätenfrage, in der gestern ein Beschluß gefaßt worden ist, über den ich gern wohl noch eine Definition von der Regierung hören möchte; ob es nämlich auch nicht erlaubt sein soll, außeramtliches Honorar von Vereinen 2c. anzunehmen. (Der Präsident ersucht den Redner, bei der Sache zu bleiben.) Ich wollte dem Herrn Ministerpräsidenten nur Gelegenheit geben, sich hierüber auszusprechen. (Präsident: Dies gehört nicht zur Sache.) Nachdem dies nun beendigt ist, (Heiterkeit) bitte ich meine Gesinnungsgenossen, mit mir für Streichung des Alinea 2 zu stimmen. — Präsident der Bundeskommissarien Graf v. Bismarck: Ich glaube, daß der Herr Vorredner nicht in der Lage ist, die Absichten der verbündeten Regierungen hier in der Weise interpretiren zu können, wie er es gethan hat, als könnte bei Abfassung dieses Artikels irgend einer der Regierungen der Gedanke vorgeschwebt haben, mit dieser Bestimmung etwa die Verfassungen in Bresche zu legen, die augenblicklich zu Recht bestehen. Das sind Befürchtungen, mit denen man schüchterne konstitutionelle Gemüther bei Wahlreden ängstigt, um sie abzuhalten, daß sie konservativ stimmen (Lebhafter Beifall rechts, Murren links), und es wird wohl der Regierung nicht vorgehalten werden dürfen, als ob das ernstlich in ihrer Absicht liegen könnte. Ich möchte doch dringend bitten, in diesem Moment noch nicht zu rütteln an einem Artikel, welcher in der Vorberathung vollständig unverändert geblieben ist und in Betreff dessen ich also auch nicht in der Lage wäre, irgend eine Konzession zu machen. Was ferner die Frage, die der Herr Vorredner an mich gerichtet hat und die schon gestern in meiner Abwesenheit gestellt ist, über die Diäten betrifft, so weiß ich nicht, ob mir der Herr Präsident gestattet, auf sie als zur Sache gehörig mit einem kurzen Wort zu antworten. (Heiterkeit. Präsident Simson macht eine bejahende Bewegung, die er später durch die Bemerkung erläutert, daß den Vertretern der Regierungen das Wort jederzeit zusteht.) Ich habe in den Verfassungsentwurf nichts hinein zu interpretiren, was nicht darin steht; und meines Erachtens steht das darin und liegt in der gesammten Lage unserer Gesetzgebungen, daß die Regierungen ohne eine gesetzliche Unterlage nur denen etwas verbieten können, denen sie überhaupt zu befehlen haben.

Bei der Abstimmung wird Art. 75 unverändert angenommen; ebenso Art. 76 und 77 ohne Debatte. — Es folgt Tit. XV. (Verhältniß zu den süddeutschen Staaten), der aus dem einzigen Art. 78 besteht. — Abgeordn. Miquel: Der Bedeutung dieses Artikels ist von manchen Seiten entgegengestellt worden, daß wir zwar Süddeutschland einladen, aber fruchtlos, weil diese Staaten durch den Inhalt der Verfassung zurückgeschreckt würden. Ich weiß nun nicht, ob jene Bevölkerung den Anspruch machen kann, ein bereites Bett vorzufinden, oder ob sie es mit bereiten helfen soll; bezweifeln möchte ich jedoch, daß die süddeutschen Völker wirklich so verwöhnt sind durch konstitutionelle Freiheiten. Sie werden mir wohl erlauben, bei dieser Gelegenheit einen Blick auf den Gesammtinhalt der Verfassung zu werfen. (Widerspruch links; Ruf: zur Sache!) Um die Bedeutung der Verfassung für Süddeutschland darzuthun, halte ich es für nöthig, und ich glaube, Herr Präsident, es gehört zur Sache. (Präsident Simson: Nun, es ließe sich wenigstens mit diesem Alinea in Verbindung bringen.) (Heiterkeit.) Ich verkenne mit meinen Freunden durchaus nicht die Mängel, an denen der Entwurf noch leidet; ich bedauere den Wegfall der Diäten, ich bedauere, daß nicht eine vollständig konstitutionelle Regierung eingesetzt ist, ich bedauere den Mangel der Verantwortlichkeit. (Wiederholter Ruf: zur Sache!) Der Präsident unterbricht den Redner mit der Bemerkung, daß er unmöglich in dieser Weise fortfahren dürfe. — In Folge dessen verläßt Redner sofort die Rednertribüne. — Der Antrag auf Schluß der Debatte ist eingegangen; auf der Rednerliste steht noch Abg. Groote. — Der Schluß wird angenommen, und darauf Artikel 78 unverändert genehmigt. — Hiermit ist die Berathung der einzelnen Artikel beendet. — Der Präsident giebt eine Zusammenstellung der Aenderungen, welche der Entwurf in der Schluß-Berathung erfahren hat. — (Während der zweiten Hälfte der Sitzung sind der Kronprinz, Prinz und Prinzessin Carl, Albrecht (Sohn) und August von Württemberg in die Hofloge eingetreten). — Der Präsident schreitet nunmehr unter der gespanntesten Aufmerksamkeit des Hauses zur Abstimmung und zwar, wie von den verschiedensten Seiten gleichzeitig beantragt ist, zur namentliche Abstimmung über das Ganze des Verfassungsentwurfs, wie er aus der Vorberathung hervor gegangen und durch die Schlußberathung gestern und heute in den Artikeln 32, 62, 70 nebst Einschaltung an vier Stellen verändert worden ist. — Es fehlen bei dieser Abstimmung als krank oder beurlaubt die nordschleswigschen Abgeordneten Ahlmann und Kryger, von Rothschild, Alff-Becker, Gr. Baudissin, Fürst Czartoryski, Dekowski, von Kleinsorgen, Knapp, Dr. Rée, Dr. Renning, Dr. v. Schenck, im Ganzen 12 Abgeordnete.

Es nehmen Theil an der namentlichen Abstimmung 283 Mitglieder, davon stimmen mit Ja (für den Verfassungs-Entwurf) 230, (darunter die Minister Graf Bismarck und v. Roon, Prinz Friedrich Carl, die Generale). Mit Nein (gegen den Verfassungs-Entwurf) 53 Mitglieder, nämlich die Linke, die Polen, einige Katholiken und ein Theil der konservativen Partikularisten: Die Abgg. Ausfeld, Baumbach, Bebel, Dr Becker, Bockelmann, v. Bothmer, Bouneß, v. Chlapowski, v. Czarlinski, Donimirski, Duncker (Berlin), Dr. Eichholz, Erxleben, Evans, v. Graeve, Groote, Haberkorn, v. Hammerstein-Hannover (v. Hammerstein-Osnabrück stimmt mit Ja), Heubner, Frhr. v. Hilgers, Holzmann, v. Jackowski, Jensen, Kantak, v. Mallinckrodt, Zur Megede, Minckwitz, Motty, v. Münchhausen, v. Niegolewski, Oehmichen, Pilaski, Frhr. v. Proff-Irnich, Reichensperger, Richter, v. Rössing, Rohden, Rückert, Runge, Dr. Schaffrath, Schrader, Schraps, Schulze (Berlin), Szuldrzynsky, Trip, Dr. v Wächter, Waldeck, Wegner, Weyzold, Dr. Wigard, Wiggers (Berlin), (Wiggers-Rostock stimmt mit Ja), Windthorst, Winkelmann. — Der Präsident Dr. Simson verkündet dies Resultat und fügt hinzu: Der Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes, wie er, im Uebrigen aus der Vorberathung, in 4 Punkten aus der Schlußberathung hervorgegangen ist, ist hiernach mit der höchst überwiegenden Majorität des Reichstages angenommen worden. (Abg. Kantak: „Zur Geschäftsordnung!") Meine Herren! es wird mir sehr schwer, der tiefen Bewegung, in der bei diesem Ergebniß sich gewiß jedes Mitglied der Versammlung befindet, keinen Ausdruck zu geben. Ich versage es mir aber in dem Gefühl, daß es mir nicht ansteht, der Würdigung, die unsere Arbeit morgen an einer anderen Stelle finden wird, mit dem Ausdrucke meiner Auffassung oder auch nur mit dem Ausdruck meiner Wünsche vorzugreifen. Ich hoffe, das Haus wird dies Motiv der Konvenienz als ein gerechtfertigtes anerkennen (Beifall). Ich werde die Gesetzesvorlage, wie es vorgeschrieben ist, nach der erfolgten Beschlußnahme noch heute dem Bundespräsidium einreichen. — Hatte da nicht Jemand das Wort zur Geschäftsordnung erbeten? — Der Abg. Kantak hat das Wort.

Abg. Kantak: Nachdem wir in der Sitzung vom 18. März gegen die Kompetenz der Versammlung zur Einverleibung der ehemaligen polnischen Landestheile in den norddeutschen Bund Protest eingelegt haben, dessen ungeachtet durch die Annahme des Verfassungs-Entwurfs diese Einverleibung ausgesprochen ist und wir durch unsere Abstimmung gegen den ganzen Entwurf unsererseits die letzten Mittel diesen Gewaltakt zu verhindern erschöpft haben, haben wir unsere Pflicht erfüllt, und legen hiermit unsere Mandate nieder. (Unruhe) — Präsident Dr. Simson (gegen die polnische Fraktion gewendet): Durch die Niederlegung Ihres Mandats entziehen Sie sich zugleich dem Ordnungsruf, der Sie zweifellos getroffen hätte für das Unternehmen, einen Beschluß dieses hohen Hauses mit dem Worte „Gewaltakt" Ihrerseits brandmarken zu wollen. Ob Ihnen dies gelungen ist, ist eine ganz andere Frage. Mich dünkt, über diesen Protest wird die Geschichte ebenso zur Tagesordnung übergehen, wie über alle bisher von Ihnen eingelegten Proteste. (Stürmischer Beifall.)

Schluß der Sitzung 2¼ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Entgegennahme von Mittheilungen Seitens des Bundespräsidiums; Gesammtbeschluß über die eingegangenen Petitionen.

Deutsch-Crone, 14. April. Am 6. Mai findet hier die Wahl des Landraths an Stelle des ins Ministerium des Innern berufenen Grafen Eulenburg unter dem Vorsitze des Ober-Regierungsraths Schaffrinski statt. Als Kandidat wird bisher nur der Verwalter des Landrathsamts, Regierungs-Assessor v. Brauchitsch, genannt.

Dirschau, 15. April. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten kam zum Vortrage, daß die Beschwerde der K. Direktion der Ostbahn gegen die Höhe der ihr von der Stadt auferlegten Kommunalsteuer für 1866 durch den Minister des Innern zurückgewiesen worden sei und dieselbe demnach 1440 Thaler betrage. (D. Z.)

Frankfurt a. M., 15. April. Im „Fr. J." findet sich ein Aufruf an die deutschen Studenten, der die Letzteren zu einer Beantwortung der bekannten Pariser Studenten-Adresse veranlassen will. Es wird vorgeschlagen, die Antwort der Deutschen möge dahin lauten, daß auch Deutschland den Krieg „nicht fürchte, aber

verabscheue" und daß man diesseits des Rheines von dem sittlichen Gefühl des französischen Volkes und der Weisheit seines Kaisers eine friedliche Beilegung der Streitfrage erhoffe, da der einmal begonnene Vertheidigungskrieg jeden Deutschen zu jedem Opfer bereit finden würde.

Dresden, 15. April. Die Freiwilligen, welche noch gestern die Studentenmütze verwegen auf dem Kopfe trugen und heute in ihren neuen, den preußischen nachgeahmten Uniformen durch die Straßen ziehen, nehmen die Aufmerksamkeit unserer Einwohnerschaft vollständig in Anspruch. Man merkt ordentlich, daß sie beim Anschauen der ihnen bisher widerwärtig erschienenen Uniform auf dem Leibe echter Sachsensöhne, mildere Gefühle gegen die Urheber dieser Veränderung gewinnen und das Wort, das man öfter zu hören bekommen kann: „Sie sehen ja ganz wie die Preußen aus!" klingt fast wie ein lang zurückgehaltener Versöhnungsruf. — Bald nach Ostern wird auch unser Landtag zusammentreten, um sich über die Annahme der Reichsverfassung schlüssig zu machen. Wir glauben nicht, daß die Herren Günther, Haberkorn, Oehmichen, Riedel, Sachsе, v. Salza und v. Thielau besondere Schwierigkeiten haben werden, ihre Kollegen in der Kammer zur Zustimmung zu bewegen, ungeachtet der eine oder der andere dieser Herren sich die Gelegenheit, seine pikante Sondermeinung in der Sache abzugeben, nicht entgehen lassen wird. Das Land wird sich auf jeden Fall dieserhalb in keine unnöthige Aufregung mehr versetzen lassen, dagegen mit gespannter Aufmerksamkeit erwarten, welche Richtung unter den veränderten Verhältnissen unsere innere Verfassungspolitik nehmen wird.

München, 14. April. Schon in nächster Zeit wird, der „N. Würzb. Z." zufolge, der Befehl bezüglich der Errichtung größerer Uebungslager, sowie der Zahl und Zusammensetzung derselben, erwartet.

Ausland.

Prag, 13. April. Die „Bohemia" meldet als zuverlässig: Professor Herbst habe das ihm angebotene Minister-Portefeuille für jetzt abgelehnt.

Pommern.

Stettin, 17. April. Se. Majestät der König hat die Gnade gehabt, als Ehrenpreis für die am 4. Mai zu reitende Offizier steeple-chase ein überaus werthvolles, höchst künstlerisch gearbeitetes Schreibzeug in Silber zu überweisen. Dasselbe bildet gleichfalls einen Tafel-Aufsatz, auf dessen Deckel sich eine Koppelgruppe, bestehend in einem Hengst, einer Stute und einem säugenden Fohlen befindet. — Zum großen Handicap am 5. Mai (Vereinspreis) sind 13 Pferde, zum kleinen Handicap am 6. Mai (Preis der Stadt Stettin 60 Frd'or) 19 Pferde und zum Jockey-Club Preis-Rennen (750 Thlr.) an demselben Tage 7 Pferde genannt.

— Dem Vernehmen nach werden sich unsere städtischen Behörden in nächster Zeit mit Erwägung der Frage beschäftigen, ob und in wie weit für den — hoffentlich nicht eintretenden Fall — einer neuen Mobilmachung, Abänderungen des Regulativs vom 15. Juli 1859 über die Naturalbequartierung der städtischen Einwohner nach den im vorigen Jahre gemachten Erfahrungen nothwendig erscheinen. Wie man uns gleichzeitig mittheilt, würde bei einer Armirung der Festung die permanente Besatzung 16,000 Köpfe zählen.

— Gestern Vormittag wurde bei Frauendorf ein Knecht, welcher in unmittelbarer Nähe eines Abhanges hinter einem dort haltenden Wagen Schutz gegen das Unwetter gesucht, von der sich plötzlich von jenem Abhange lösenden Erdmasse ganz, der Führer des Wagens aber etwa bis zur Brust verschüttet. Zwei in der Nähe befindliche Knechte eilten sofort zur Hilfe herbei, indessen gelang es ihren angestrengten Bemühungen nur, den Fuhrmann zu retten, welcher unverletzt davon kam, wogegen der Knecht bereits todt war, als seine Ausgrabung gelungen.

— Heute früh brachte ein hiesiger Schuhmacher sich mehrere Halsschnittwunden bei und starb an der dadurch herbeigeführten Verblutung. Das Motiv zur That ist unbekannt.

— Die Versammlung deutscher Müller und Mühlen-Interessenten wird am 27., 28. und 29. Mai in Berlin in dem Ressourcenlokale Oranienburgerstraße No. 18 stattfinden. Der erste Tag wird der Diskussion technischer Fragen gewidmet sein, der zweite Tag der das Mühlengewerbe betreffenden Gesetzgebung (Mahlsteuer) und der geschäftlichen Verhältnisse (Mehlhandel, Versicherung rc.), am dritten Tag soll über eine Vereinsorganisation und die Gründung eines Vereinsorgans diskutirt werden. Vom 15. April ab sind Einlaßkarten zu 1 Thlr. bei den einzelnen Mitgliedern des Comités zu haben (in Berlin u. A. bei Herren S. Bertheim, Rob. Leopold, M. Heilmann, A. Kochhann, S. Zaller.)

— Auf dem Militairbegräbnißplatz wurden gestern Nachmittag von einem dort mit dem Belegen von Gräbern beschäftigten Soldaten die Reste einer bereits bis zur Unkenntlichkeit in Verwesung übergegangenen Kindesleiche, auf einem Grabhügel eingegraben, aufgefunden.

— In Trieglaff, Synode Greifenberg, ist Carl Graeser an der Schule der von der evangelischen Landeskirche sich getrennt haltenden Lutheraner als Lehrer, unter Vorbehalt des Widerrufs, angestellt.

— Nach einer Bekanntmachung im „Armee-Verordnungsblatte" vom 30. März ist in der Friedens-Dislokation der Truppen vom 10. Oktober v. J. nachstehende weitere Veränderung eingetreten: beim II. Armee-Korps: Vom 1. pomm. Ulanen-Regiment Nr. 4 ist eine Eskadron von Schneidemühl nach Bromberg verlegt.

Stettin, 17. April. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung lag ein Schreiben des Magistrats vor, in welchem die Versammlung ersucht wurde, recht bald die Wahl eines Nachfolgers für den zum Bürgermeister bestätigten Stadtrath Sternberg vorzunehmen. Es wurde demzufolge beschlossen, eine Kommission von acht Mitgliedern aus den vier Abtheilungen, unter Hinzutritt des Vorsitzenden, mit den Vorbereitungen zur Wahl zu betrauen. Die Komm. soll nach dem Antrage des Dr. Wolff sich gleichzeitig mit Erörterung der Frage beschäftigen, ob die Neuanstellung nöthig oder ob die gegenwärtige Zahl der besoldeten Magistratsmitglieder ausreichend sei, die Geschäfte zu bewältigen, zumal der Stadtrath Hessenland seine Pensionirung nachgesucht und in Stelle desselben eine Neuwahl eintreten müsse. — Die Vorlage wegen Aenderung des Normal-Besoldungs-Etats für die städtischen Beamten wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil die Rechnungs-Abnahme-Kommission in der Sache noch nicht schlüssig geworden. — In Folge eines von der Rechnungs-Abnahme-Kommission gestellten Antrages, die Kasematten Nr. 48, 50 u. 51 zu verkaufen, von denen erstere der Stadt, die beiden letzteren dem Johanniskloster gehören, erklärt der Magistrat, daß der Verkauf zur Zeit nicht anzuempfehlen, weil die in denselben vorhandenen Räume für städtische Armenzwecke unentbehrlich seien. Die Versammlung nimmt deshalb vom Verkauf Abstand. — In Betreff der ferneren Benutzung der Weidenplantage vor dem Ziegenthor wurde nach den Vorschlägen der Oekonomie-Deputation beschlossen, die circa 42 Mg. große noch nothdürftig mit Weiden bestandene Plantage auf fernere 3 Jahre, den Rest der Plantage von ca. 60 Mg. dagegen auf gleiche Zeitdauer als Wiesen zu verpachten. — Für die Außenbezirke Nr. 14 bis inkl. 21 wurden die vom Magistrat vorgeschlagenen 73 Mitglieder der Armen-Kommissionen gewählt. Ebenso wurde an Stelle des Maurermeisters Urban Herr Rentier Neidt zum Armenvorsteher erwählt. — Da es innerhalb der Versammlung an Kenntniß geeigneter Persönlichkeiten für die Wahl zu Mitgliedern der Reklamations-Kommission für den städtischen klassensteuerpflichtigen Bezirk fehlt, soll der Magistrat um desfallsige Vorschläge ersucht werden. — Bei Verpachtung der Stättegeld-Erhebung auf den Wochenmärkten pro 1. Juli 1867—70 sind an Meistgeboten abgegebn: 1) für Roß-, Kohlmarkt und die Straßen der Oberstadt von dem Kahneigner Joh. Busch pro anno 663 Rt.; 2) für die Märkte und Straßen der Unterstadt vom bisherigen Marktpächter Köckeritz 3073 Rt.; 3) für die Straßen auf der großen Lastadie incl. des Viehmarkts auf der Silberwiese der ad 1 gennnnte Busch 263 Rt., für welche Gebote der Zuschlag ertheilt wurde. Gegen früher wird hierdurch eine jährliche Mehreinnahme von 742 Rt. erzielt. — In der Rathhausbau-Angelegenheit wurde nach den Anträgen der gemischten Kommission beschlossen: 1) mit dem Bau eines neuen Rathhauses vorzugehen, 2) als Bauplatz die Ostseite des Viktoriaplatzes zu wählen und 3) den Magistrat zu weiteren Verhandlungen mit dem Fiskus wegen Erwerbung dieser Baustelle zu ermächtigen.

Stargard, 16. April. (Ob.-Z.) Gestern fand in unserer Stadt die zweite Versammlung des erst im vergangenen Jahre gegründeten „Vereins der pommerschen Aerzte" statt, dessen erster Versammlungsort Stettin gewesen war. Aus Stettin hatten sich 14 Aerzte eingefunden; nächst dieser Stadt stellte Stargard selbst das größte Kontingent, andere Städte waren nur vereinzelt vertreten. Die Sitzung eröffnete der Vorsitzende Herr S.-R. Dr. Mampe (Stargard) um 5 Uhr Nachmittags im Lokal des Herrn Schliebner; als Schriftführer fungirte Herr Dr. Wilde. Die Reihe der Vorträge eröffnete Herr Dr. Steffen jun. (Stettin) mit einer Kasuistik von fünf von ihm beobachteten Fällen von Hirngeschwulst bei Kindern (selten), an welche sich einige Bemerkungen des Prof. Mosler aus Greifswald anreihten, der die Aerzte besonders zu eifriger Handhabung der Aesthesiometrie (Messungen des Tast-Temperatursinns und anderer Empfindungskathegorien) aufforderte. Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Herrn Dr. Salomon (Stettin) „Ueber das differente Verhalten gelähmter Nerven und Muskeln auf den Reiz von Induktionsströmen und den konstanter galvanischer Ströme", der durch eigene Beobachtungen und Fälle aus der Literatur erläutert wurde. Den dritten Vortrag hielt Herr Prof. Mosler (Greifswald) über eine mit glücklichem Erfolge vollzogene Transfusion von defibrinirtem Blute (Einspritzungen von Blut, das von einem gesunden Menschen entnommen und vorher von seinem Faserstoff befreit ist) bei Leucaemie (Blutkrankheit durch Vermehrung der weißen Blutkörperchen auf Kosten der rothen bei Milzerkrankung.) Der Fall betraf einen in der Greifswalder Klinik behandelten jungen Mann, der ohne diese Operation, die erste in dieser Krankheit gemachte, wohl zu Grunde gegangen wäre. Der Vortragende fordert die Aerzte auf, die Operation öfter als bisher zu üben, auch Versuche bei der Zuckerharnruhr zu machen, zeigt eine sehr zweckmäßige, zu diesem Zwecke zu verwendende Spritze vor und übergiebt der Gesellschaft eine von ihm so eben herausgegebene und dem Verein der pommerschen Aerzte gewidmete Brochure über diesen Gegenstand. (Der Vortragende hatte bereits im vorigen Jahre in Stettin über eine gleiche Operation, aber unter anderen Krankheitsverhältnissen, berichtet.) An der folgenden Debatte betheiligte sich besonders Herr Dr. Meyer (Stettin), der zu wissen verlangt, ob Transfusionsversuche bei Cholera mit Erfolg gemacht seien, worüber keine Auskunft gegeben werden konnte. Die Reihe der größeren Vorträge war somit beendigt. Herr Dr. Wasserfuhr (Stettin) übergab darauf dem Verein seine statistische Schrift über die „Sterblichkeit der Kinder (in verschiedenen Lebensaltern) in Stettin", Herr Dr. Kugler (Stettin) referirte über einen Fall von Blasenlähmung, der durch subkutane Injektion von Strychnin geheilt worden, an den sich ein anderer von Herrn Dr. Salomon berichteter schloß. Herr Dr. Wilde (Stargard) zeigte einen im letzten Kriege in Gebrauch gewesenen, leicht transportablen Lagerungsapparat für Schußfrakturen des Oberschenkels (amerikanische Erfindung) und ein Surrogat für Charpie (aus England) vor, und Prof. Mosler endlich fordert die Aerzte auf, etwaige geeignete Fälle, die ein klinisches Interesse darbieten, der Greifswalder Klinik zur unentgeltlichen Aufnahme zu überweisen. Nachdem Greifswald zum Versammlungsort für das nächste Jahr durch Stimmenmehrheit gewählt worden, schloß die Sitzung gegen 8 Uhr.

Ueckermünde, 16. April. Der fast fortwährende Sturm hat auch seine Unglücksfälle im Gefolge gehabt. In voriger Woche nämlich schlugen vier Männer aus dem benachbarten Fischerdorfe Mönckebude mit ihrem Boote auf dem Haff um und ertranken sämmtlich. Der Leichen hat man noch nicht habhaft werden können.

Anclam, 16. April. Bei dem Bau eines Hintergebäudes wurde in der Baustraße, auf dem Mühlenbesitzer Kremerschen Grundstück, ein Topf mit 20 silbernen Münzen ausgegraben. Der Topf lag 1½ Fuß tief in der Erde. Die Münzen, meistentheils etwa 200 Jahre alt, haben einen Silberwerth von ungefähr 25 Thlr.

Vermischtes.

— Die heitere Geschichte, die den Bauern bei Tilsit weiß gemacht wurde, Rothschild solle geköpft werden, dürfe sich aber für schweres Geld einen Stellvertreter kaufen, hat neulich an der Börse zu einem recht witzigen Einfall Anlaß gegeben. Es wurde erzählt, Rothschild werde für Italien eine neue Anleihe übernehmen. „Nun — sagte Einer — dann muß er keinen Stellvertreter gefunden haben, denn wer noch seinen Kopf hat, borgt den Italienern nichts mehr."

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 17. April, Mittags. Der norddeutsche Reichstag ist durch Se. Majestät den König persönlich geschlossen. In der Thronrede heißt es: Ich sehe Sie mit aufrichtiger Genugthuung wiederum um mich versammelt. Die jüngst Namens der Bundes-Regierungen ausgesprochenen Hoffnungen sind durch Sie erfüllt worden. Sie haben in patriotischem Sinne die große Aufgabe erfaßt, mit freier Selbstbeherrschung die gemeinsamen Ziele im Auge behalten. Darum ist es gelungen, auf sicherem Grunde das Verfassungswerk aufzurichten, dessen weitere Entwickelung wir zuversichtlich der Zukunft überlassen dürfen. Die Bundesgewalt ist mit Befugnissen ausgestattet, welche für die Wohlfahrt und die Macht des Bundes unentbehrlich und auch ausreichend sind. Den Einzelstaaten blieb unter Verbürgung der Zukunft durch die Gesammtheit des Bundes, freie Bewegung auf allen Gebieten, auf denen Mannigfaltigkeit in der Entwickelung der Selbstständigkeit zulässig und ersprießlich ist. Der Volksvertretung ist diejenige Mitwirkung an der Verwirklichung der großen nationalen Aufgabe gesichert, welche dem Geiste der bestehenden Landesverfassungen und den Bedürfnissen der Regierung, ihre Thätigkeit vom Einverständnisse mit dem deutschen Volke getragen zu sehen, entspricht. Alle die an dem Zustandekommen des Nationalwerks mitgewirkt, die Bundesregierungen sowie die Volksvertretung, brachten freiwillig Opfer ihrer Ansichten und Wünsche, überzeugt, daß die Opfer für Deutschland gebracht, deren unsere Einigung werth ist. Im allseitigen Entgegenkommen in Ausgleichung und in Ueberwindung der Gegensätze ist gleichzeitig die Bürgschaft für eine fruchtbare Entwickelung des Bundes gewonnen; der Abschluß des Bundes rückt auch die Hoffnungen, welche uns mit den süddeutschen Brüdern gemeinsam sind, ihrer Erfüllung näher. Die Zeit ist herbeigekommen wo das deutsche Vaterland mit seiner Gesammtkraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten im Stande ist. Das nationale, im Reichstage zu erhebendem Ausdrucke gelangte Selbstbewußtsein, fand in allen deutschen Gauen den kräftigsten Wiederhall. Nicht minder aber sind die deutschen Regierungen und das Volk einig, daß die wiedergewonnene Nationalmacht vor allem ihre Bedeutung in der Sicherstellung der Segnungen des Friedens zu bewähren hat. Das große Werk, woran mitzuwirken die Vorsehung uns gewürdigt hat, geht der Vollendung entgegen. Die Volksvertretungen der Einzelstaaten werden dem, was Sie gemeinschaftlich mit den Regierungen geschaffen, die Anerkennung nicht versagen. Der Geist, welcher die Aufgabe gelingen ließ, wird auch dort die Berathungen leiten. Der erste Reichstag des norddeutschen Bundes darf mit dem erhebenden Bewußtsein scheiden, daß der Dank des Vaterlandes ihn begleitet, daß sich das aufgerichtete Werk unter Gottes Beistand segenbringend entwickeln werde, für uns und künftige Geschlechter. Gott segne uns und unser theures Vaterland!

Berlin, 17. April. Bezüglich der in einigen Blättern enthaltenen Behauptung, als ob Preußischerseits besondere Militär-Vorkehrungen stattfänden, wird authentisch versichert, daß lediglich die im Herbst begonnene Erweiterungs-Organisation der Linie und Landwehr jetzt vollendet wird. Von den Gewehr-Fabriken sind keine außerordentlichen Leistungen gefordert, indem der Vorrath vorhandener Zündnadelgewehre hinreicht für die nöthig gewordene Verausgabung. Von Armirung der rheinischen Festungen ist hier nichts bekannt.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 16. April, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Sistres, Hall von Tayport. Sarah Richardson, Carner; Mathilde, Birow; Unity, Bird von Newcastle, löschen in Swinemünde. Wind: NW.

Börsen-Berichte.

Stettin, 17. April. Witterung: regnigt, später aufklärend. Temperatur + 10° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen anfangs etwas höher, schließt matter, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 87—94½ Rt. bez., geringer 80—86 Rt. bez., feiner gelber 94½, 95 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 92¾, 92 Rt. bez., Mai-Juni 89½, 89 Rt. bez. u. Br., Juni-Juli 89, 88½ Rt. bez., Juli-August 88⅙, 87¾ Rt. bez, Septbr.-Oktober 81¼ Rt. Br., 81 Rt. Gd.

Roggen anfangs höher, schließt matter, pr. 2000 Pfd. loco 57, 60 Rt. bez., Frühjahr 59, 58½ Rt. bez., Mai-Juni 58, 57¼ Rt. bez., Juni-Juli 57¼ Rt. bez., Juli-August 57 Rt. bez., Septbr.-Oktbr. 54½ Gd.

Gerste nnd Hafer ohne Umsatz.

Rüböl matter, loco 11⅙ Rt. Br., 11 Rt. bez., April-Mai 11⅙ Rt. Br., $11\frac{1}{12}$ Rt. Gd., Mai 11⅙ Rt. bez., Juni-Juli 11⅓ Rt. bez., September-Oktober 11¾ Rt. bez., 11⅔ Rt. Gd.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß 16¾ Rt. bez., Frühjahr 16¾, $\frac{17}{24}$ Rt. bez., Mai-Juni 16⅚ Rt. bez. u. Br., Juni-Juli $17\frac{1}{12}$ Rt. bez. u. Br., 17 Rt. Gd., Juli-August $17\frac{5}{12}$ Rt. Br., September-Oktober 17¼ Rt. bez.

Landmarkt.

Weizen 85—93 Rt., Roggen 55—60 Rt., Gerste 44—48 Rt., Erbsen 53—57 Rt. per 25 Schffl., Hafer 29—32 Rt. per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 6—7 Rt., Heu pr. Ctr. 20 Sgr. bis 1 Rt.

Berlin, 17. April, 1 Uhr 58 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 81½ bez. Staats-Anleihe 4½ % 97½ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 136½ bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 92 Br. Oesterr. National-Anleihe 51¾ Br. Pomm. Pfandbriefe 88¼ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 177¼ bez. Amerikaner 6% 77¼ bez.

Roggen Frühjahr 58¾ bez., 59¼ Gd., Mai-Juni 59½, 58⅝ bez., Juni-Juli 59½, 58¼ bez. Rüböl loco 11⅛ bez., April-Mai 11⅙, ⅛ bez., Mai-Juni 11⅙ bez., September-Oktober 11¾, ⅔ bez. Spiritus loco 17⅓ bez., April-Mai $16\frac{11}{12}$, 17 bez., Mai-Juni $17\frac{1}{24}$, 17⅛ bez., Juni-Juli 17⅜, ½ bez.

Hamburg, 16. April. Getreidemarkt. Weizen loco fest, aber ruhig Pr. April 5400 Pfd. netto 162 Bankothaler Br., 161 Gd., pr. Frühjahr 160 Br., 159½ Gd. Roggen loco sehr fest, für Termine steigende Tendenz. Pr. April 5000 Pfd. Brutto 103 Br., 102 Gd., pr. Frühjahr 102 Br. u. Gd. Hafer fest, Mecklenburger 79. Oel fest, loco 24⅛, pr. Mai 25⅛, pr. Oktober 26⅛. Spiritus leblos, unverändert. Kaffee 1000 Sack Laguayra verkauft. Zink ohne Umsatz. — Wetter veränderlich.

Stettin, den 17. April.

Hamburg ...	6 Tag.	151¼ G	St. Börsenhaus-O.	4	—
„ ...	2 Mt.	150⅝ G	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143⅛ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 24 B	St. Strom-V.-A. ...	4	—
„	3 Mt.	6 22½ B	Pr. National-V.-A.	4	113½ B
Paris	10 Tg.	81⅙ bz	Pr. See-Assecuranz	4	—
„	2 Mt.	80¾ B	Pomerania	4	109 G
Bremen ...	3 Mt.	—	Union	4	102½ B
St. Petersbg.	3 Wch.	—	St. Speicher-A. ...	5	—
Wien	8 Tag.	—	Ver.-Speicher-A. ..	5	—
„	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	N. St. Zuckersied.	4	—
Sts.-Anl. 5457	4½	—	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
„ „	5	—	Bredower „	4	—
St.-Schldsch.	3½	—	Walzmühle	5	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
Pomm. Pfdbr.	3½	—	St. Dampfschlepp G.	5	200 B
„ „	4	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
„ Rentenb	4	—	Neue Dampfer-C. ..	4	—
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Germania	4	100 B
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan	4	92 B
„ Prior.	4	—	St. Dampfmühle ..	4	100 B
„ „	4½	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
„ Prior.	4	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
St. Stadt-O.	4½	94 B	Gemeinn. Bauges. ..	5	—